

28.10.2013

Kleine Anfrage 1721

der Abgeordneten Christina Schulze Föcking und André Kuper CDU

Zukünftige Entwicklung von Dorfentwicklungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen

Zahlreiche kleine Kommunen und Dorfgemeinschaften haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um durch Maßnahmen der Dorferneuerung die Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern.

Mit modernen Instrumenten und klugen vernetzten Initiativen wird die Dorfentwicklung nachhaltig, ganzheitlich und zukunftsfähig positiv beeinflusst.

Dies ist nur durch das ehrenamtliche Engagement vieler Beteiligten vor Ort möglich, die solche Entwicklungsmaßnahmen vorantreiben und sich nur da, wo der eigene Sachverstand nicht ausreicht, der Hilfe von Experten bedienen.

Viele positive Beispiele haben erfreulich zahlreiche Nachahmer gefunden. Es wurden Planungen vorangetrieben und viel Energie, Zeit und Geld aufgebracht. Teilweise sind die Konzepte fertig ausgearbeitet und könnten umgesetzt werden.

Da jedoch die bisherige ILEK-Förderperiode abgelaufen ist und für die neue Förderperiode noch keine Fördertatbestände definiert sind, liegen diese Projekte auf Eis, neue Fördermittel werden nicht genehmigt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung bei der Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung künftig für Nicht-LEADER-Regionen?
2. Welche Unterstützung gewährt die Landesregierung den Dorfgemeinschaften, die sich gerade in neuen (und geförderten) ILEK und DEK/DIEK's auch im Vertrauen auf Fördermittel engagiert haben, nun aber die Maßnahmen nicht umsetzen können?

Datum des Originals: 28.01.2013/Ausgegeben: 29.10.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

3. Inwieweit sieht die Landesregierung eine Gefährdung des zukünftigen bürgerschaftlichen Engagements durch die derzeitige Rechtsunsicherheit, die zurzeit lange und sorgfältige erarbeitete Projektentwicklungsprozesse stoppt?
4. Was steht der Schaffung von Übergangsfristen bzw. entsprechender Anpassungen von Förderrichtlinien für laufende Dorfentwicklungsprojekte entgegen, so dass laufende Projekte begonnen und fortgeführt werden können?

Christina Schulze Föcking
André Kuper